



LANDESVORSTAND

Alsterdorf – was ist Aus- und Fortbildung noch wert?

Plötzlicher Rücktritt des Fachbereichssprechers mit schweren Vorwürfen an die Fachbehörde – keine Einstellungen über die Fachhochschule bis 2007 – Personalabbau an der LPS wegen stark verringerter Einstellungszahlen – chaotische Parksituation aufgrund Flächenfehlnutzung – undurchsichtiges Vorgehen beim Bau von Leichtathletik-Trainingshalle und Ersatzbauten – Zwangsumzug und lange Wege für die Auszubildenden ...

Zählt man nur schlagwortartig die Geschehnisse der letzten Zeit auf, entsteht der Eindruck, dass der Stellenwert der Ausbildungseinrichtungen LPS und FHöV in der Politik und der Polizei nicht der Beste zu sein scheint. Die GdP betrachtet mit Sorge die Entwicklungen im Umgang mit Problemen der Liegenschaft Alsterdorf.

Prof. Dr. Reimer Eggers, Fachbereichssprecher bzw. kommissarischer Rektor der FHöV, hat sich gerade im Umgang und in der Arbeit mit der Polizei, besonders mit der LPS als loyal, sachbezogen und vor allem kompromissbereit dargestellt. Das gemeinsame Erarbeiten zukünftiger Ausrichtung und Struktur der FHöV in der AG Curriculum hat dies eindrucksvoll gezeigt. Ein Beispiel für effektive Arbeit, wenn sich Fachleute aus Polizei, Schule und FHöV sachlich-konstruktiv zusammensetzen.

Wie uns bekannt wurde, werden jedoch „nicht gesetzeskonforme Zustände“ vorgeworfen, ein nicht ausreichender Personalbestand bemängelt und eine „Beliebigkeit“ in der Begründung von Entscheidungen festgestellt bezüglich der Personalbesetzung in der FHöV. Darauf hinzuweisen ist die Pflicht eines gewissenhaften Organisationsleiters.

Die GdP setzt sich seit Jahrzehnten für die Einführung der zweigeteilten Laufbahn ein und unterstützt die damit zwangsläufig notwendige Fachhochschulausbildung durch eine anerkannte (Fach-)Hochschule. Unser deutsches Rechtssystem regelt dessen Gestaltung in eigenen Gesetzen

und stellt bewusst und gewollt die Freiheit von Forschung und Lehre als wichtiges Gesellschaftsgut heraus. Daran hat sich auch eine Eingriffsbehörde wie die Polizei zu halten und ist gefordert, im Rahmen der gesetzlichen Bindungen eine konstruktive und erfolgsorientierte Zusammenarbeit zu gewährleisten. Da ist es dann schon verwunderlich, dass die Anzahl der Professoren in der FHöV immer weiter herabgesetzt wird, offene Stellen langfristig nicht wiederbesetzt werden und statt dessen immer mehr KollegInnen der Polizei diese Aufgaben übernehmen. Die Aufgaben werden dabei sicherlich gut erfüllt, dennoch sieht unser Rechtssystem einen anderen Weg vor! Auch wenn sich der Senat für die Auflösung der FHöV und die Bildung einer eigenständigen Hochschule entschieden hat und dies zu vielen Problemen führt, wäre gerade mit den bisherigen Verantwortlichen ein Kompromiss zu finden gewesen. Stattdessen resignieren nach und nach diejenigen, denen die Ausbildung am Herzen liegt, weil sie sich nicht mehr ernst genommen fühlen oder für ihre Tätigkeit nicht mehr den notwendigen Rückhalt spüren. Das geht ein-

deutig zu Lasten der Studierenden, die ja zukünftig das Rückgrat der Führungsebene der Hamburger Polizei bilden sollen. Schlimm, wenn dann der Behörde vorgeworfen werden muss, dass deren Ansichten „offenbar Vorrang vor hochschulrechtlichen, hochschulgemessenen und pädagogischen Erfordernissen“ haben ...

Das aufgrund der durch den Senat zu verantwortenden stark reduzierten Einstellungszahlen auch Personal an FHöV und LPS abgebaut werden muss, ist logisch und nur konsequent. Dabei sollten jedoch die Rahmenbedingungen und gesetzlichen Vorgaben beachtet werden. Fatal, würde man die Vorschläge der Fachleute von LPS und FHöV dabei unberücksichtigt lassen. Zu welchen Ergebnissen unüberlegtes Kahlschlagen führen kann, sieht man an den Entwicklungen in der Berliner Polizei.

Kritisch zu sehen ist auch der Umgang mit der Liegenschaft selbst. Das ehrgeizige Projekt „Leichtathletikhalle“ für die gescheiterte Olympiabewerbung Hamburgs wird fortgeführt. Auf dem Gelände der Polizei lässt der Senat eine zig Millionen teure Leichtathletik-Trainingshalle bauen und nimmt den Polizeibesetzten den Raum für angemessene Aus- und Fortbildung! Bitter genug ist schon, dass durch den Bau eine erhebliche Anzahl von Plätzen für die Fahrzeuge der Beschäftigten und Gäste der Einrichtung entfallen bzw. komplett vernichtet werden; das Chaos auf den Straßen rund um die Carl-Cohn-Straße lässt sich schon jetzt bei gesperrtem Antratreplatz leicht erkennen.

Unnötig ist der Druck, mit dem dieses Prestige-Objekt durchgepeitscht werden soll, unabhängig von planerischen Vorgaben und

Erfüllung von Vorbedingungen. So hätte mit den Bauten bequem gewartet werden können, bis die erforderlichen Ersatzbauten hergestellt sind und alle Fachbereiche adäquaten Ersatz für die geplanten Hallenabbrisse und Raumbeschränkungen bekommen hätten. Aber offenbar ist der Behörde auch hier schnelles Handeln und Ignorieren von Bindungen und rechtlichen Vorgaben wichtiger. Da kann dann auch noch schnell eine Übergangs-Ersatzhalle auf dem Antratre- und Sportplatz der LPS in Windeseile aufgebaut werden. Wer stellt die Frage nach den – so sagt man – 370 000 € – die allein diese Halle kostet? Wen interessiert es schon, dass die Kolleginnen und Kollegen KEINE Außenplätze mehr für Sport und andere Übungen auf dem Gelände haben, dass es in der Liegenschaft zukünftig keinen Hub-schrauberlandeplatz mehr gibt? Dass die Bewerber für den Polizeidienst schon seit einiger Zeit nur noch um die geparkten Pkw laufen müssen, ist ja schon ein gewohntes Bild ... Dass aber zukünftig wichtige Übungseinheiten schlichtweg nicht mehr durchgeführt werden können, weil kein Platz mehr vorhanden ist, ist schon skandalös. Das dabei die Schulbehörde den freien Platz der später „aufgestellten“ Halle lieber Skateboardern zur Verfügung stellen will, statt für die Polizei Stellplätze bereitzuhalten, erinnert schon eher an Vorgänge im Städtchen Schilda ... und die 35 000 € für die neue Schrankenanlage der LPS hätte man sicher auch anders einsetzen können.

Nur energischem Gegenhalten der Verantwortlichen ist es zu verdanken, dass die Auszubildenden zukünftig nicht 1,5 km rund ums

Fortsetzung auf Seite 2

• Alsterdorf – was ist Aus- und Fortbildung noch wert?	Seite 1
• Seminar 2005	Seite 2
• Wirbel um sieben Pfeifen	Seite 2
• Gefährdung durch „Spielzeugwaffen“	Seite 3
• PAZ, Fussi und VL	Seite 3
• Hände weg von der Straßenverkehrsbehörde!	Seite 4
• GdP unterstützt Einsatzkräfte der LBP	Seite 4
• Höhergruppierung von Angestellten beim SOD	Seite 5
• Anmerkungen zur Finanzsituation	Seite 6
• Rosamunde Pietsch wird 90	Seite 6
• Nun wissen wir es!	Seite 7
• Die Wintermütze kommt – die Cargohose auch?	Seite 7
• Wir gratulieren	Seite 8
• Sterbefälle	Seite 8

REDAKTIONSSCHLUSS

für die April-Ausgabe ist der 5. März 2005.

Deutsche Polizei

Ausgabe:

Landesbezirk Hamburg

Geschäftsstelle:

Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96-0
Telefax (0 40) 28 08 96-18
E-Mail: gdp.hamburg@gdp-online.de
www.gdp-hamburg.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Montag bis Mittwoch 7.30 bis 16.00 Uhr
Donnerstag 7.30 bis 16.30 Uhr
Freitag 7.30 bis 14.00 Uhr

Redaktion:

Jörn Clasen (Vi.S.d.P.)
Tresckowstraße 31
20259 Hamburg
Telefon (0 40) 40 60 30
E-Mail: joernclassen@web.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-183
Telefax (02 11) 71 04-222
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28a
vom 01. 04. 2003

Anzeigen-Repräsentant:

Walter Grote
Odenwaldstraße 14, 20255 Hamburg
Telefon (040) 40 94 34

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438

LANDESVORSTAND

Fortsetzung von Seite 1

Gelände laufen müssen, nur um an ihre Spinde zu gelangen. Prestigeobjekte mag Hamburg brauchen, Sportförderung ist sicher unumgänglich. Aber wenn Schnellschüsse und hektisches Planen auf dem Rücken der Beschäftigten

der Polizei ausgetragen werden und zu einer deutlichen Schwächung der Möglichkeiten von Aus- und Fortbildung führen, ist die Hamburger Politik auf dem falschen Weg! Eine moderne Polizei braucht eine moderne Aus- und Fortbildung. Das muss mit den gesetzlichen Vorgaben möglich

sein und braucht die Rücken- deckung der Behörde, die die dafür erforderliche Ausstattung und Gestaltungsmöglichkeiten bereithalten muss. Dafür wird sich auch zukünftig die GdP einsetzen.

André Bunkowsky
Landesvorsitzender

Seminar 2005

Bereits seit vier Jahren werden von Rüdiger Jekubik und Jörn Clasen Seminare angeboten, die immer etwas Besonderes sind. Es fällt jedoch nicht schwer, zu beschreiben, worum es dabei eigentlich geht. Früher hätte man gesagt, dies sind gewerkschaftliche Grundseminare.

Aber das gehört der Vergangenheit an. Ziel dieser Seminare soll es in knapp fünf Tagen sein, zu verstehen, dass es gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten notwendig ist, sich für andere zu engagieren. Das auf diesen Seminaren der Spaß bislang nicht zu kurz gekommen ist, können sicher auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestätigen, die bereits dabei waren.

Der Termin:

23. Mai – 27. Mai 2005
Erkner, bei Berlin

Wir klären Fragen wie:

- Was ist eigentlich die GdP?
- Was lässt sich mit gewerkschaftlicher Arbeit erreichen?
- Wo kann ich mitmachen?
- Personalrat und Gewerkschaft, wo ist eigentlich der Unterschied?

Okay, alles viel zu theoretisch. Da hilft nur eins, anmelden und

mitmachen. Nur wer dabei gewesen ist, kann mitreden.

Lediglich 10,- € pro Tag beträgt der eigene Anteil. Die Anmeldung, das genaue Programm sowie die Möglichkeit, für die Zeit des Seminars Bildungsurlaub zu erhalten, könnt ihr an der Geschäftsstelle der GdP unter der Telefonnr. **0 40/28 08 96-0** erfragen. Oder schaut einfach in der Geschäftsstelle, Hindenburgstr. 49 (Barcardi-Turm) vorbei. Natürlich stehen auch Rüdiger, LBP 501, und Jörn, ZD 522, für Fragen (einfach anrufen oder per Mail) zur Verfügung.

Der Landesvorstand

KOMMENTAR

Wirbel um sieben Pfeifen

Unsere Innensenator Udo Nagel hat mit Günter Grass, Altkanzler Helmut Kohl und Verteidigungsminister Peter Struck etwas gemeinsam. Es sind deutsche Persönlichkeiten, die alle vom Tabakforum mit dem Titel „Pfeiferaucher des Jahres“ ausgezeichnet wurden.

Nicht nur der Senat, die Juristen der Innenbehörde und der Eingabenausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft beschäftigen sich mit diesem Vorgang. Auch im Kreise der Hamburger Polizisten wird darüber diskutiert.

Was würde eigentlich passieren, wenn ein Polizeibeamter sieben Pfeifen mit einem Koffer im Wert von fast 2000 Euro annehmen würde? Das Annehmen von Geschenken unterliegt zumindest bei Polizisten besonderen Regularien.

Dass dies nicht für den Chef der Innenbehörde, dem Chef aller Polizisten, gelten soll, fällt schwer zu verstehen.

Vielleicht eine Idee für die Zukunft: Falls man irgendwann beabsichtigt, die Regelungen zur Annahme von Geschenken zu lockern, kann ja gleich eine Spendenverpflichtung für caritative Zwecke eingebaut werden. Tipps dazu gibt's es bestimmt beim Senator. ... **Jürgen Lamp**
Geschäftsführer

LANDESVORSTAND

Gefährdung durch „Spielzeugwaffen“

Nach mehreren bundesweiten Fällen in 2004 ist es im letzten Monat nun auch in Hamburg zu einem Vorfall mit täuschend echten Soft-Air-Waffen gekommen. Deshalb ist es nach Ansicht der GdP erforderlich, bereits beim Kauf dieser zum Verwechseln aussehenden „Waffen“ regelnd einzugreifen. Die GdP-Forderung ist dabei klar: Den Verkauf dieser Soft-Air- und Spielzeug-Waffen komplett zu verbieten, sofern sie den echten Waffen zum Verwechseln ähnlich sind. Daneben ist aber auch eine Veränderung bei Waffen anzustreben, für die die Regelungen des „kleinen Waffenschein“ gelten.

Anzumeldende Waffen

„Im Rahmen der Erteilung des kleinen Waffenscheines wäre es äußerst sinnvoll, die darunter fallenden anzumeldenden Waffen sowie den Käufer bereits BEIM KAUF registrieren zu lassen“

verdeutlicht der Landesvorsitzende André Bunkowsky in einer Presseerklärung. „Dass ist natürlich ein kleiner Mehraufwand für die Gewerbetreibenden, ist aber der einzig mögliche Weg, eine verlässliche Registrierung und auch Abschreckung zu erreichen. Dazu müsste der Verkauf von

diesen Waffen auch auf ausgewählte Spezialgeschäfte beschränkt werden.“ André Bunkowsky weiter: „Der Zustand, dass diese Waffen bei jedem ‚Wald- und Wiesengeschäft‘ in Touristenläden und beim ‚hiergibts-alles‘-Laden auf dem Kiez in den Schaufenstern liegen, ist einfach unhaltbar und fördert geradezu die illegalen Bestrebungen. Wer sich seine Waffe für unlautere Absichten kauft, wird hinterher nicht zur Polizei gehen und sie registrieren lassen.“

Eine Forderung, die die GdP von Anfang an in ihren Beteiligungen auch auf Bundesebene vorangetrieben hatte und die in den Referentenentwürfen zum neuen Waffengesetz auch noch enthalten waren, dann jedoch (aufgrund Widerstandes aus dem Wirtschaftsbereich?) wieder herausgenommen wurden und somit das neue Waffengesetz zum stumpfen Holzschwert verkommen ließen.

echt aussehender „Spielzeugwaffen“ ist aufgrund der damit verbundenen Gefährdungssituationen aus Sicht der GdP ein generelles Verkaufsverbot anzustreben. Die SPD-Fraktion unterstützt den Vorstoß der GdP für einen härteren Kurs gegen Soft-Air-Waffen und kündigte eine entsprechende Initiative im Innenausschuss der Bürgerschaft an, der Ende Februar über Verschärfungen des Waffenscheins berät. „Eine Verbotsnorm über bestimmte täuschend echte Scheinwaffen muss wieder ins Waffengesetz rein. Das Droh- und Gefährdungspotential gerade bei täuschend echten Kriegswaffen und Maschinenpistolen ist einfach zu groß“, sagte heute der SPD-Innenexperte Dr. Andreas Dressel. „Wir werden dazu einen Vorschlag für eine Bundesratsinitiative machen und hoffen auf einen breiten Konsens mit CDU und GAL. Die Gefährdungen für Polizei und Bürger sind offenkundig.“ Es sei unverständlich, dass das ansonsten verschärfte Waffengesetz an dieser Stelle liberalisiert worden sei.

Jörn Clasen

Täuschend echte Soft-Air-Waffen

Für die Vielzahl an Soft-Air-Waffen und anderer täuschend

Waffenarten

		Erwerb/ Besitz	Führen	Schießen
	Kennzeichnung	Waffenbesitzkarte erforderlich	Waffenschein erforderlich	Schieß-erlaubnis erforderlich
Handfeuerwaffen (Büchsen und Flinten) Faustfeuerwaffen (Pistolen und Revolver)		ja Vergehen	ja Vergehen	ja OWi
Hand- und Faustfeuerwaffen im Kaliber 4 mm mit Kennzeichen (Erwerb ist bedürfnisfrei)	PTB	ja Vergehen	ja Vergehen	ja OWi
einläufige Einzelladerwaffen mit Zündhütchenzündung Entwicklung vor dem 1. 1. 1871		nein	ja Vergehen	ja OWi
Schusswaffen mit Lutten-, Funkenzündung		nein	nein	ja OWi
Schusswaffen mit Zündnadelzündung Entwicklung vor dem 1. 1. 1871		nein	ja Vergehen	ja OWi
Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen oder Signalwaffen mit Patronenlager bis 12,5 mm Durchmesser	ohne PTB	ja Vergehen	Kleiner Waffenschein Vergehen	ja OWi
Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen oder Signalwaffen mit Patronenlager bis 12,5 mm Durchmesser	mit PTB	nein	Kleiner Waffenschein Vergehen	ja OWi
Luftdruck-, Federdruck- oder CO ₂ Waffen Geschossenergie max. 7,5 Joule	mit F	nein	ja Vergehen	ja OWi
Luftdruck-, Federdruck- oder CO ₂ Waffen Geschossenergie max. 7,5 Joule	ohne F	nein	ja Vergehen	ja OWi
Luftdruck-, Federdruck- oder CO ₂ Waffen vor 1. 1. 1970 im Handel oder vor 2. 4. 1991 im Beitrittsgebiet hergestellt und im Handel	kein F	nein	ja Vergehen	ja OWi
Armbrust (Neu: Erwerb ab 18 Jahre!)		nein	nein	nein
Bogen (vom Waffengesetz nicht erfasst)		nein	nein	nein
Spielzeugwaffen bis 0,08 Joule, die keine getreue Nachbildung von erlaubnispflichtigen Schusswaffen sind		nein	nein	nein
Soft-Air-Waffen (über 0,08 Joule) ohne F-Zeichen oder bei getreuen Nachahmungen scharfer Schusswaffen (mit F-Zeichen keine WBK)		ja Vergehen	ja Vergehen	ja
Spielzeugwaffen zum Verschießen von Zündplättchen, -bändern oder -ringen, wenn sie getreue Nachahmungen scharfer Schusswaffen sind		nein	nein	nein

TERMINE

PAZ, Fussi und VL

Nachdem im letzten Jahr bei den Teilnehmern und Besuchern unserer Veranstaltungen immer wieder der Ruf laut wurde, „wann geht es wieder los?“, haben wir für 2005 die PAZ-Fete, das Fußballturnier und die Vertrauensleute-Fete schon vorgeplant.

- PAZ-Fete
 - 10. März ab 20.00 Uhr
- Fußball und PAZ-Fete
 - 15. September
- Vertrauensleute-Fete
 - 5. April in der LBP

Jörn Clasen

Hände weg von der Straßenverkehrsbehörde!

Der Vorschlag des Finanzsenator Peiner, die „Straßenverkehrsbehördlichen Angelegenheiten“ auf die Bezirksämter zu verlagern, stößt bei der Gewerkschaft der Polizei auf heftige Kritik.

Dazu der Geschäftsführer der GdP Hamburg, Jürgen Lamp: „Schon wieder eine Idee des Finanzsenators, die wenig von Fachkompetenz geprägt zu sein scheint. Ungeheuerlich, dass Finanzsenator Peiner erneut in andere Behördenbereiche eingreifen will, ohne sich über die Auswirkungen bewusst zu sein. Die Straßenverkehrsbehörde muss bei der Polizei bleiben.“

Unter dem Aspekt der Stellenstreichungen der Polizei rückt dieser Vorschlag aber in ein besonderes Licht. 152 Stellen sollen im Rahmen der Neuorganisation der Polizei „grundsätzlich“ in den Stäben der Polizei eingesparrt werden.

Tatsächlich muss der Verdacht gehegt werden, dass über die Schiene der geplanten Bezirksverwaltungsreform versucht wird, einen Teil der Stellenstreichungen, ca. 80 an der Zahl, zu erbringen. Sollen hier zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden?

Die Argumente, die für einen Verbleib der Aufgaben bei den PK sprechen, sind deutlich:

Die Aufgabenbereiche der STVB sind in der STVO geregelt und sie strahlen in die allgemeine Verwaltung hinein. Dieses wird insbesondere bei Orts-terminen wichtig, um vor Ort sofort Auflagen und mündliche Anordnungen erteilen zu können.

Die Beurteilung der Arbeitsstellen im Sinne des Wegerechtes und des Verkehrsrechtes – hier ist in jedem Fall die Anhörung



Klaus Baumgarten vor Ort

der Straßenverkehrsbehörde notwendig.

Die Aufgabe der Straßenverkehrsbehörden ist es, über UDEFO die Verkehrsunfälle zu analysieren und anhand der Auswertung Vorschläge für die Verbesserung der Verkehrssicherheit zu erstellen. D. h. unter Umständen bauliche Maßnahmen oder Veränderung der Beschilderung oder Lichtzeichenschaltungen der Unfallkommission vorzuschlagen.

Die STVB ist für die einzelnen Abteilungen eines PK Dienstleister mit Informationen zu Baustellen im PK-Bereich.

Bei der Überwachung von Baustellen/Arbeitsstellen im öffentlichen Verkehrsraum hat die zuständige Straßenverkehrs-

behörde gem. StVO alle Möglichkeiten der Einflussnahme (von der Einstellung der Arbeiten bis hin zum Bußgeldverfahren). Damit wird durch die POLIZEI/Straßenverkehrsbehörde die unmittelbare Verkehrssicherheit produziert.

Die Mitarbeiter der STVB sind bei Veranstaltungen, Demonstrationen oder bei AAH-Aufrufen als Einsatzkräfte tätig.

Trotz dieser vielfältigen Aufgaben sieht der Plan des Finanzsenators Peiner vor, diese Stellen bei der Polizei einzusparen.

Die Tiefbauabteilungen der Bezirksämter bekommen laut Finanzbehörde für die umfangreichen Aufgaben keine Stellen hinzu. Nach dortiger Einschätzung wird man dann mit den zusätzlichen Aufgaben erheblich überlastet.

Dieses würde eindeutig zu Lasten der Verkehrssicherheit und der Kundenorientierung der öffentlichen Verwaltung gehen.

Kann das wirklich gewollt sein?

Klaus Baumgarten

GdP unterstützt Einsatzkräfte der LBP

Mit Beginn des neuen Jahres wurden bundeseinheitlich neue „Kurz“-Berichte für die Dokumentation von Ingewahrsamnahmen bei Demonstrationen u. Ä. eingeführt, so auch bei der Landesbereitschaftspolizei in Hamburg.

Mit der Neugestaltung musste sich aufgrund der notwendigen Inhalte vom praktischen DIN-A5-Format verabschiedet werden; beim neuen Vordruck handelt es sich um einen DIN-A4-Mehrfachsatz im Durchschreiberverfahren. Mit diesem Format verändert sich auch die bisherige Erfassungstechnik, bei der gerne der Rücken eines/-r Kollegen/-in

als feste Unterlage genutzt wurde. Der neue Vordrucksatz lässt sich so kaum korrekt ausfüllen; stabile Unterlagen für die Einsatzkräfte waren erforderlich.

Die Bezirksgruppe LBP der Gewerkschaft der Polizei hat die Handhabungsprobleme sowie den damit entstanden Bedarf an Schreibunterlagen erkannt und sofort gehandelt. Auf Initiative

unseres Bezirksgruppenvorsitzenden Uwe Koebel bemühte die GdP ihre guten Kontakte, wurde seitens der gewerkschaftseigenen PVAG schnell und unbürokratisch unterstützt.



A. Bunkowsky und LBPL, Herr Born

So konnte der Landesvorsitzende der GdP während eines Gespräches mit der Leitung der LBP achtzig Schreibmappen an die Züge der LBP übergeben, so dass ab sofort in jedem Zug vier Mappen für die Erfassung der Vordrucke zur Verfügung stehen. Leider konnten Uwe Koebel und der Vorsitzende der FG SCH, Rüdiger Jekubik, die Mappen nicht selbst übergeben; sie mussten aufgrund einer aktuellen Demonstration kurzfristig in den Einsatz abrücken. ...

André Bunkowsky
Landesvorsitzender

ARBEITSKREIS SOD

Höhergruppierung für Angestellte beim Städtischen Ordnungsdienst?

Die Kolleginnen und Kollegen des Städtischen Ordnungsdienstes (SOD) bringen nicht nur Ordnungswidrigkeiten zur Anzeige, sie verhindern sie auch.

Dazu dürfen sie

- Personalien feststellen
- Personen festhalten, erforderlichenfalls unter Anwendung von Zwangsmaßnahmen
- Platzverweise aussprechen und durchsetzen
- Ersatzvornahmen tätigen
- Gegenstände sicherstellen

Darüber hinaus wird der SOD auch im Rahmen der Gefahrenabwehr tätig.

Viele Kolleginnen und Kollegen sind aufgrund der Aufgabenvielfalt an die GdP herangetreten, da sie Chancen für eine Höhergruppierung sahen.

Dies wurde jedoch durch das Personalreferat abgelehnt.

Die Enttäuschung war groß. Unsere Vertrauensleute Heike Passenheim und Sven Kurtenbach wurden bei ihrer Gewerk-

Neben Gesprächen mit der Dienststelle haben sich unsere Tarifexperten auf Landesebene und Alberdina Körner, unsere Fachfrau auf Bundesebene, zusätzlich mit der Eingruppierung der Angestellten im Bereich des Hamburger SOD eingehend beschäftigt und die Wünsche der Kolleginnen und Kollegen geprüft.

Wir geben hiermit das Ergebnis unserer Fachfrau in verkürzter Form wieder:

„Nach Prüfung der mir übersandten Unterlagen muss ich mich leider der Entscheidung des Personalreferates anschließen. Der Antragssteller, ... (er ist Angestell-

ter beim SOD) verfügt nicht über die notwendige Prozentzahl „selbständiger Leistungen“ laut vorgelegter Stellenbeschreibung. ... Für eine Eingruppierung in die Vergütungsgruppe V c FG. 1b müsste der Anteil selbständiger Leistungen mindestens 33,33% betragen. Nach vorliegender Tätigkeitsbeschreibung erfüllt die selbständige Leistung wesentlich weniger. Die angesprochene Rechtsprechung

(BAG-Urt. vom 19. 3. 1986 – 4 AZR 642/84) lässt ebenfalls keinen anderen Schluss zu als dass einer Höhergruppierung nicht entsprochen werden kann. ... Es tut mir leid, euch kein erfreulicheres Ergebnis mitteilen zu können. Um erfolgreich eine Höhergruppierung durchzusetzen, müsste der Kollege weitere selbständige Leistungen vorweisen. Die gehen aus der Stellenbeschreibung jedoch nicht hervor.“

Die vollständige Begründung und das maßgebende Urteil des Bundesarbeitsgerichtes ist an der Geschäftsstelle der GdP oder bei den Vertrauensleuten Passen-

heim und Kurtenbach zu erhalten.

ps: Wie gefährlich die Tätigkeit im SOD ist hat sich am 31. 1. 2005 erwiesen. Ein herrenloser aggressiver Hund hat drei Menschen verletzt. Die Kollegin Passenheim, den Kollegen Kurtenbach sowie ein Spaziergänger, die den Hund einfangen wollten. Dabei wurde dem Passanten ein Finger abgebissen, unsere beiden Vertrauensleute wurden durch Bisse an den Händen verletzt. Wir wünschen den Verletzten gute Besserung.

Jürgen Lamp
Geschäftsführer



J. Lamp zu Gast beim Leiter des SOD, Herrn Bretschneider (l.)

schaft vorstellig und beantragten für alle Kolleginnen und Kollegen des SOD eine rechtliche Überprüfung. Verständlich, dass unsere Kolleginnen und Kollegen die GdP baten, den Sachverhalt zu überprüfen.

Ein guter Anlass, um mit der Dienststellenleitung, Herrn Uwe Bretschneider, ins Gespräch zu kommen um die Angelegenheit zu erörtern und Einfluss zu nehmen.

Anzeige



HANSA

sicher und fair wohnen...

HANSA Baugenossenschaft eG



Eine starke Gemeinschaft

mit vielen Vorteilen

- Über 9.000 Wohnungen,
- rund 12.000 Mitglieder,
- Erfahrung seit 1925,
- zentrales Wohnen in Hamburg,
- komfortable Ausstattung,
- faire Preise mit Dauerwohnrecht

Wir freuen uns auf Sie.

HANSA
Baugenossenschaft eG
Lämmersieth 49
22305 Hamburg

Tel. (0 40) 6 92 01-0
Fax (0 40) 6 92 01-130
www.hansa-baugenossenschaft.de
info@hansa-baugenossenschaft.de

Anmerkungen zur Finanzsituation

Wir kennen die desolante Finanzlage des Bundes und der Länder und haben als Beamte und Pensionäre bereits genügend Einschnitte erfahren, müssen aber als Bürger dieses Staates diese ebenso hinnehmen, wie alle anderen Arbeitnehmer und Rentner.

Aber auch der heutige Stand wird nach meinen Informationen noch nicht das Ende sein. Wird doch in der Regierung bereits daran gebastelt, unsere Pensionen im Laufe der Zeit auf etwa 67% herunterzufahren. Auch für die aktiven Kolleginnen und Kollegen stehen weitere Änderungen durch die Einführung eines „Leistungsprinzips“ ins Haus. Auf Bundesebene wird daran gebastelt.

Wie passt das alles zusammen mit den vielfältigen Einkünften

und „Pensionen“ unserer Politiker, mit den Mehrfacheinkünften. Für mich ist es heute kein Wunder mehr, dass bei Parlamentssitzungen die Bänke überwiegend leer sind. Bei bis zu einem Dutzend Nebenjobs ist dies kein Wunder und die bisherige Darstellung, dass man dann in Ausschüssen pp. tätig ist, dürfte zwischenzeitlich auch widerlegt sein. Nach den Zeitungsberichten der letzten Monate entsteht bei mir der Eindruck, dass für viele das Mandat nur ein lukra-

tiver Nebenjob ist. Und diese Menschen entscheiden über unsere Zukunft, obwohl sie kaum anwesend sind. Nur, wenn es um politisch brisante Themen geht, die für die Parteien wichtig sind, dann sind auch alle zur Stelle. Dann herrscht auch Fraktionszwang. Sollte es nicht eigentlich Gewissensentscheidungen geben?

Trotz dieser teilweise unübersichtlichen Situation im finanziellen Bereich, haben die Bürger der Bundesrepublik Deutschland bewiesen, wie sensibel und großzügig sie sind, wenn eine Notlage eintritt. Sehr schnell setzte nach der Flutwelle in Südostasien eine große Spendenbereitschaft ein. Bis heute wurden lt. Zeitungsberichten ca. 400 Mio. Euro

gespendet und das begann bereits kurz nach der Flut, bevor unsere Politiker dazu aufriefen. Die Deutschen helfen, wenn es nötig ist. Es bedarf nicht unbedingt großer Anstöße.

Das wenige was man in diesem Zusammenhang gehört hat, dass die Bundesregierung den Betrag von 500 Mio. Euro (Steuergeld) als Stiftung beschlossen hat, sie hat sich damit an die Spitze der Länder gesetzt. Ich denke, wir können dies trotz der schlechten Wirtschaftslage verkraften, hätten aber neben der Aufforderung der Bevölkerung, etwas zu spenden, auch gerne unsere Politiker als Vorbilder gesehen.

Hans-Hermann Fritsche

Rosamunde Pietsch wird 90

Unsere Rosamunde Pietsch ist am 2. 2. 2005 runde 90 Jahre alt geworden. Zu diesem Ehrentag gratulieren wir dir, liebe Rosamunde, alle recht herzlich und wünschen dir weiterhin vor allem Gesundheit.

Wie bereits in der Presse dargestellt, tratest du 1945 in deinen Traumberuf, einen „Männerberuf“, ein. Mit Sicherheit kein leichter Schritt. Aber die Tatsache, dass du einer Polizistenfamilie entstammst – also auf Erfahrung zurückblicken konntest – hat dir – neben deinem Durchsetzungsvermögen – geholfen.

Du hast in Hamburg die WP „Weibliche Schutzpolizei“ aufgebaut. Ziel dürfte es sicherlich gewesen sein, den Männern zu beweisen, dass es auch im Polizeiberuf nicht ohne Frauen geht. Die Entwicklung hat dir recht gegeben.

Liebe Rosamunde, du bist aber auch eine Mitbegründerin der **Gewerkschaft der Polizei**. Früher gab es für Polizeibeamte keine Gewerkschaften.

Du tratest im Januar 1949 dann der beruflichen Vereinigung (Taube-Verein) bei, die dann 1950 als Institution insgesamt in **„Gewerkschaft der Polizei“** umbenannt wurde, also der Grundstock unserer Organisation war. Du bist deiner Gewerkschaft bis heute treu geblieben und nimmst weiterhin regelmäßig an unseren monatlichen Seniorenveranstaltungen teil. Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen sowie die Ausführungen der Referenten erwecken weiterhin dein Interesse.

Am 2.2.2005 hattest du alle, die dir etwas bedeuten, eingeladen. Verwandte, Freunde, Kolleginnen und Kollegen waren erschienen, um der „Mutter der Polizistinnen“ die Ehre zu erweisen, ihr zu gratulieren. Deine Gewerkschaft



Alles Gute zum Geburtstag: Rita Bantin und Jürgen Lamp gratulieren

war durch Rita Bantin (stellv. Vorsitzender der Fachgruppe Senioren) und Jürgen Lamp (stellv. Landesvorsitzender) vertreten. Jürgen hat dir in seinem Grußwort für deine Verbundenheit zur GdP den Dank der Gewerkschaft überbracht. Wir alle wünschen dir, liebe Rosamunde, weiterhin

Gesundheit und Kraft, deinen Aktivitäten nachzugehen. Ich wünsche, dass du der GdP weiterhin die Treue hältst, damit wir dir im Frühjahr 2009 als erste die Urkunde für 60-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit überreichen dürfen.

Hans-Hermann Fritsche

FACHGRUPPE WASSERSCHUTZPOLIZEI

Nun wissen wir es!

Aus den Medien konnten wir am 2. Februar 2005 erfahren, dass der Hamburger Senat 745 Millionen Euro in den Hamburger Hafen investieren will, um diesen für den Containerboom bis 2009 fit zu machen!

Zitat des Wirtschaftssenators Gunnar Uldall (CDU) im Rahmen der Pressekonferenz: „Mit den Investitionen wollen wir den Hafen konsequent weiterentwickeln und so einen Grundpfeiler für das weitere Wachstum in der Hansestadt setzen!“ Ferner teilte er mit:

„Wir haben keinen Monat zu verlieren“!

Das Geld soll unter anderem in den mittleren Freihafen (Steinwerder) fließen! Auf Steinwerder sollen neue Containerterminals entstehen und so wird ein großer Teil der bisherigen Wasserflächen zugeschüttet und zu neuen Containerumschlagplätzen hergerichtet werden. Ansässige Firmen sollen umgesiedelt werden.

„Was passiert mit dem WSPK 2 am ‚Rossdamm 2‘ auf Steinwerder?“

Die politisch Verantwortlichen und die Behördenleitung wussten es vermutlich schon länger, denn darum wurde der Erweiterungsbau des WSPK 2 immer wieder verschoben. Wir fragen den Wirtschaftssenator, Herrn Uldall,



Das WSPK 2, Zukunftsplänen im Weg?

und den Innensenator, Herrn Nagel:

- „Werden die „**Gründungspfeiler**“ des WSPK 2 die **Grundpfeiler** des zukünftigen Containerterminals auf Steinwerder?“
- „Was planen sie mit dem Dienstgebäude WSPK 2?“
- „Wird es einen neue Standort des WSPK 2 geben?“
- „Verbleibt das Gebäude auf dem neuen Containergelände?“
- „Wird das Dienstgebäude WSPK 2 in das neue Terminalabfertigungsgebäude umgewidmet?“

Die GdP vertritt die Auffassung, dass **keine Zeit mehr zu verlieren ist** und appellieren an die verantwortlichen Senatsmitglieder, unseren Kolleginnen und Kollegen der Wasserschutzpolizei mitzuteilen, wann Sie endlich mit einem Dienstgebäude rechnen können, in denen alle Kollegen des WSPK 2 untergebracht werden (auch das derzeit noch ausgegliederte Sachgebiet „Hafensicherheit“ im Brooktor).

Denn auch dieses Dienstgebäude wird im Sommer abgerissen, um für die Fortentwicklung der Hafencity Platz zu schaffen.

Wir freuen uns auf die Zukunftsgestaltung des Hamburger Hafens.

Die Kolleginnen und Kollegen der Wasserschutzpolizei werden alles tun, um für die Sicherheit im Hamburger Hafen zu sorgen!

Peter Leiste

Stellv. Landesvorsitzender

Die Wintermütze kommt, die Cargohose auch?

Der Gesundheits- und Arbeitsschutz, dabei vor allem die Bekleidung, war schon immer ein besonderes und wichtiges Aufgabengebiet für uns. Immer wieder hatten wir die Wintermütze WS gefordert und keine Gelegenheit ausgelassen, um diese bei den Verantwortlichen anzumahnen.

Selbst bei der dienstlichen Bekleidungsfrage vor einigen Jahren war es Wunsch der Belegschaft. Denn zumal es die alte Wintermütze, mit der Einführung des LZN (Logistik Zentrum Niedersachsen), nicht mehr für die WS-Kolleginnen und -Kollegen gibt. Nun bewegt sich aber etwas. Nachdem Herr Koppehel (LPV/L) in einem durch die GdP initiierten Gespräch zugesagt hat, die Wintermützenbekleidung für

die WS anzuschaffen, hat Herr Ziesemer (LPV 23) den Auftrag, die Beschaffung der Mütze in die Wege zu leiten.

Den ersten Entwurf einer Wintermütze legte eine Herstellerfirma Ende Dezember vor.

Dieser vorgelegte Modellentwurf entsprach nicht den Anforderungen einer modernen Dienstmütze und wurde seitens der LPV 23 zurückgesandt. Die Firma muss nun schnellsten nach-

arbeiten, denn bis zum Sommer (so die LPV 23) wird die Wintermütze vorliegen und kann damit zum nächsten Winter bestellt werden.

Wir danken der LPV, dass sie vor allem angesichts des Engagements der GdP unseren Vorschlägen gefolgt ist und die Kolleginnen und Kollegen nicht auch noch den Winter 2005/2006 mit kalten und ungeschützten Ohren ihren Dienst verrichten müssen.

Cargohose auch für die WS!

Die Kolleginnen und Kollegen der Wasserschutzpolizei sprachen den Fachgruppenvorstand WS in

den letzten Wochen immer wieder daraufhin an, dass die für die Schutzpolizei angebotene Cargohose (neue Uniformhose ab Mai 2005) auch für den täglichen Dienst der Wasserschutzpolizei besonders geeignet wäre, da diese auch u. a. entsprechende Taschen hat, um die bei sich mitzuführenden Unterlagen zu verstauen.

Die Fachgruppe WS greift das Thema auf und startet umgehend eine Umfrage zu der Beschaffung einer Cargohose.

Der Fachgruppenvorstand WS

70. Geburtstag

1. März 2005
Rudi Manns
Gretel Zinke
11. März 2005
Harald Meier
12. März 2005
Klaus Stange
17. März 2005
Ernst Zelle
26. März 2005
Jürgen Glashoff
28. März 2005
Karl-Heinz Katthöfer

80. Geburtstag

4. März 2005
Emil Röhrle
7. März 2005
Bruno Fröhlich
11. März 2005
Horst Beckmann
28. März 2005
Carl-Heinz Filter
30. März 2005
Ursula Bunge

85. Geburtstag

9. März 2005
Horst Wendt
11. März 2005
Georg Majewski

16. März 2005
Herbert Kirschner
16. März 2005
Hans Rudolph
24. März 2005
Kurt Hopp
27. März 2005
Erna Jalaß

86. Geburtstag

8. März 2005
Käthe Nienburg

87. Geburtstag

17. März 2005
Helmut Dingler

88. Geburtstag

3. März 2005
Hermann Krüger
7. März 2005
Johanna Schmidt
14. März 2005
Erwin Troitsch
21. März 2005
Gerhard Malzahn

89. Geburtstag

6. März 2005
Berta von der Burg

27. März 2005
Elfriede Droste
30. März 2005
Ilse Helwig

90. Geburtstag

3. März 2005
Dora Lobschat
10. März 2005
Anna Kalmring
15. März 2005
Sophie Delfs
24. März 2005
Magdalene Gawellek

91. Geburtstag

7. März 2005
Bernhardine Neumann
8. März 2005
Otto Döcke
15. März 2005
Gertrud Liebelt
23. März 2005
Hermann Timm
28. März 2005
Helmut Mayer

92. Geburtstag

6. März 2005
Inga Awe
20. März 2005
Adolf Eiben

93. Geburtstag

7. März 2005
Friedrich Weiße

95. Geburtstag

3. März 2005
Marie Martens

25-j. Dienstjubiläum

3. März 2005
Ralf Hölterling
POK PK 31
25. März 2005
Iiona Benz-Adler
PHK'in PK 47

wohlverdienten Ruhestand

31. März 2005
Friedrich Niemann
POK PK 44
Bernd Gericke
PHK WSPK 1
Hans-Günther Nieß
Ang. WSPK 1

Anzeige

**Gut beraten
im Trauerfall
Tag + Nacht**



GroShamburger
Bestattungsinstitut rV
Fuhlsbüttler Straße 735
22337 Hamburg
www.gbi-hamburg.de
☎ (040)24 84 00

STERBEFÄLLE

17. Dezember 2004
Volker Koser
PHM i. R. (66)
19. Dezember 2004
Günther Kalcher
PHM i. R. (66)
22. Dezember 2004
Rudi Lemke
PHM i. R. (78)
Adolf König
PHM i. R. (85)
26. Dezember 2004
Heinz Bischof
EKHK i. R. (83)
31. Dezember 2004
Bernd Terveen
Ang. Einwohnerzentralamt (60)
11. Januar 2005
Peter Muus
POK i. R. (64)
22. Januar 2005
Torsten Seeland
PDir. Leiter des Stabes
der ZD (48)
29. Januar 2005
Wilfried Ehlers
PHM i. R. (78)
29. Januar 2005
Lieselotte Hets
Witwe (83)
2. Februar 2005
Ilse Stamm
Arbeiterin i. R. (81)
7. Februar 2005
Hermann Krüger
PHM i. R. (87)

Wir werden den Toten ein ehrendes Andenken bewahren.

LANDESVORSTAND

Nachruf

Nach schwerer Krankheit starb Torsten Seeland Ende Januar an Krebs. Er war aufgrund seiner ehrlichen und direkten Art hoch angesehen und geschätzt. Die Polizei in Hamburg hat mit Torsten Seeland einen bekannten und engagierten Polizisten verloren. Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

Torsten Seeland war langjähriges Mitglied der GdP Hamburg.

Der Landesvorstand